

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

02.11.2023

Inhalt

EWN

1 Endlager in Lothringen rückt näher <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 28.10.2023</i>	3
2 Greenpeace demonstriert mit Tauchern gegen LNG-Pipeline <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 02.11.2023</i>	4
3 Räumung der Asse kommt vor Gericht <i>nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland), 02.11.2023</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 28.10.2023 | S. 5

📄 Auflage: 8.966 | Reichweite: 24.426

Endlager in Lothringen rückt näher

Frankreichs Pläne für ein Atommüll-Endlager in Lothringen gut 120 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt sind mit der Verfassung vereinbar. Wie der Verfassungsrat in Paris am Freitag entschied, werden die Rechte künftiger Generationen durch das geplante bislang einzige Lager für hoch- und mittelradioaktive Abfälle nicht beschnitten. Die Planung beinhaltet Garantien, wie etwa eine Rückholbarkeit aller Abfälle während 100 Jahren und die Möglichkeit für künftige Generationen, das in Etappen geplante Lager fortzusetzen oder das Konzept zu ändern. Der Verfassungsrat wies damit die Klage etlicher Umweltverbände und Anlieger ab.

Die Pläne für das Endlager westlich von Nancy bei der Ortschaft Bure haben auch in Deutschland immer wieder für Protest gesorgt. Der saarländische Landtag

sprach sich schon vor Jahren gegen das Lager aus. Die Planungen für eine Lagerung der radioaktiven Abfälle in 500 Metern Tiefe in einer Tongesteinformation sind inzwischen weit fortgeschritten. Mit einer Baugenehmigung wird zwischen 2025 und 2027 gerechnet. Ein Beginn der Einlagerung hoch- und mittelradioaktiver Abfälle wird für den Zeitraum zwischen 2035 und 2040 angestrebt.

Angesichts des geplanten Ausbaus der Atomkraft in Frankreich ist das Endlager von großer Bedeutung. Frankreich prüft den Bau von 14 neuen Atomkraftwerken bis zum Jahr 2050, außerdem soll die Laufzeit bestehender Kraftwerke von 40 auf 50 Jahre erhöht werden, wenn die Sicherheit dies zulässt. 56 AKW gibt es zurzeit in Frankreich.

Greenpeace demonstriert mit Tauchern gegen LNG-Pipeline

Lubmin. Greenpeace demonstriert vor Rügen mit Tauchern gegen den Bau der Anbindungsleitung für das an der Küste der Insel geplante Terminal für Flüssigerdgas (LNG). Eine Sprecherin der Wasserschutzpolizei bestätigte gestern entsprechende Angaben der Umweltschutzorganisation. Es laufe ein Polizeieinsatz. Nach Greenpeace-Angaben befanden sich eine Taucherin und ein Taucher im Umfeld des Pipeline-

Verlegers „Castoro 10“. Sie hätten sich unter Wasser in einem Luftsack am Pipeline-Rohr eingerichtet, das am Heck des Schiffes auf den Meeresgrund gelassen werde. In dem Sack könnten sie länger bleiben. Die rund 50 Kilometer lange Leitung soll das geplante Terminal in Mukran auf Rügen mit dem Gasleitungsknotenpunkt in Lubmin verbinden.

Räumung der Asse kommt vor Gericht

Klage beim OVG Lüneburg soll die vor Jahren beschlossene Stilllegung beschleunigen

Die Räumung und Stilllegung des maroden Atommülllagers Asse im Landkreis Wolfenbüttel geht Kritikern und Anwohnern nicht schnell genug voran. Sie haben jetzt Klage eingereicht.

Seit über zehn Jahren schreibt das Atomgesetz fest, dass das marode Atommülllager Asse im niedersächsischen Kreis Wolfenbüttel unverzüglich stillzulegen ist. Die Schließung soll erfolgen, nachdem die dort lagernden radioaktiven Abfälle geborgen worden sind. Doch passiert ist seitdem fast nichts, bemängeln Anwohner und Bürgerinitiativen. Jetzt wollen sie gerichtlich erzwingen, dass es schneller vorangeht.

Eine Anwohnerin der Schachanlage hat Klage beim niedersächsischen Obergericht (OVG) in Lüneburg gegen die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) eingereicht, wie der atomkraftkritische Verein »aufPASSEn« mitteilte. Dem bundeseigenen Unternehmen obliegt als Betreiberin der Asse die Rückholung der radioaktiven Abfälle. Die Aktivisten von »aufPASSEn« unterstützen die Klage, die laut Gerichtssprecher beim OVG mittlerweile eingegangen ist.

In das frühere Salzbergwerk Asse II wurden zwischen 1967 und 1978 rund 126 000 Fässer mit radioaktiven und chemischen Abfällen gebracht, teilweise wurden die Behälter einfach in die Einlagerungskammern gekippt. Weil das ganze Grubengebäude instabil ist und voll Wasser zu laufen droht, soll der Atommüll geborgen werden. Die Nachbarschächte Asse I und Asse III waren schon früher vollgelaufen und aufgegeben worden.

13 Jahre nach dem sogenannten Asse-II-Optionenvergleich, der die Bergung des Atommülls als sicherste Variante zur Schließung des Bergwerks erklärte, habe die BGE immer noch kein Konzept vorgelegt, bemängelt Heike Wiegel vom »aufPASSEn«-Vorstand. Die Planungen seien weiterhin im Entwurfsstadium. Weder die Rückholung noch die Stilllegung seien bislang auch nur beantragt worden, obwohl die Umweltschäden und die gesundheitlichen Belastungen zeitnahes Handeln erforderten. »Denn der Schacht Asse II droht abzusaufen«, warnt Wiegel.

Klägerin Anja Haase berichtet, viele Anwohner und

Nachbarn der Atommüllkippe machten sich schon lange Sorgen um die Gesundheit ihrer Familien sowie die Beeinträchtigungen der Natur. »Unsere Geduld ist zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes endgültig erschöpft«, betont Haase. »Wir setzen nun darauf, dass wir über das Obergericht Lüneburg endlich eine Beschleunigung bewirken können.«

Vor wenigen Tagen hatte auch Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) auf mehr Tempo bei der Bergung des Atommülls gedrängt. Sein Ministerium habe für die fachliche Begleitung der Rückholung bereits das Personal aufgestockt. Die Zustände in der Schachanlage seien untragbar. »Die Anlage muss schnell und sicher geräumt und stillgelegt werden. Die Menschen in der Region haben lange genug mit dieser Belastung unter Tage gelebt.« Das Land Niedersachsen ist im Stilllegungsverfahren zuständig für die Genehmigungen.

Die BGE verweist darauf, dass die Räumung eines unterirdischen Atommülllagers eine weltweite Premiere darstellen würde, die sorgfältig geplant werden müsse. Unter anderem bräuchte es eigens konstruierte Spezialmaschinen. Auf die Klage angesprochen, sagte eine Sprecherin nur, die BGE berücksichtige in ihrem Handeln das »Unverzüglichkeitsgebot« im Atomgesetz. Derzeit laufen Bohrungen für einen neuen Schacht 5, über den der radioaktive Abfall an die Oberfläche geholt werden soll. Die Rückholung soll der BGE zufolge dann im Jahr 2033 beginnen.

Der geborgene Atommüll muss dann zunächst für viele Jahre in einem Zwischenlager verwahrt werden. Über den Standort gibt es ebenfalls Streit zwischen dem Betreiber und Bürgerinitiativen. Während sich die BGE auf eine Fläche in der Nähe des Asse-Schachtes festgelegt hat, um längere Transportwege zu vermeiden und diese bereits untersucht, sprechen sich Anwohner und Initiativen dafür aus, dass auch Asse-ferne Standorte geprüft werden. Damit würde die

Strahlenbelastung für Anwohner des Bergwerks reduziert.

Landesumweltminister Meyer wiederum betont, man habe sich im Koalitionsvertrag für eine offene, aber auch zügige Klärung der Zwischenlager-Entscheidung ausgesprochen. Vom Bund erwartet er eine stärkere

Würdigung der Argumente und Sorgen aus der Region: »Die Aussage des Bundes und der BGE, keinen Zwischenlager-Standortvergleich durchführen zu wollen, ist nicht nachvollziehbar.« Die Menschen seien die radioaktiven Abfälle und die damit verbundenen Gefahren leid – zumal die aus dem Bundesgebiet stammten und nicht aus der Region.